Landeshauptstadt Hannover

An die Ratsversammlung (zur Kenntnis)

	Antwort
Nr.	1290/2018 F1
Anzahl der Anlagen	0
Zu TOP	2.2.2.

Antwort der Verwaltung auf die Anfrage der AfD-Fraktion zu Antisemitismus an hannoverschen Schulen in der Ratssitzung am 21.06.2018, TOP 2.2.2.

Die reine Bezeichnung über die Zugehörigkeit zu einer Glaubensgemeinschaft mutiert zu einem Schimpfwort auf Schulhöfen. Das Wort "Jude" stellt mittlerweile eine gängige Beleidigung an vielen Schulen dar.
Die Berliner Zeitung schrieb bspw. am 28.03.2018: „An einer Berliner Grundschule wurde jüngst eine Zweitklässlerin von älteren Schülern aus muslimischen Familien als Jüdin beschimpft. Ein Mitschüler soll gedroht haben, sie umzubringen, weil sie nicht an Allah glaube. Es war kein Einzelfall. „Natürlich ist Antisemitismus in vielen muslimischen Elternhäusern ein Riesenproblem - als Teil der Erziehung", sagte [der Berliner Psychologe und Islamismus-Kenners Ahmad] Mansour."1

Wir haben als Deutsches Volk die historische Pflicht antisemitische Tendenzen im Keim zu ersticken. In Berlin haben an mehreren Schulen die Schulleitungen die Problematik verharmlost und zu spät eingegriffen. [2]
Wir als Rat unserer Stadt müssen unserer deutschen, historischen Pflicht nachkommen und Sorge dafür tragen, dass Antisemitismus in unserer Stadt mit Null-Toleranz begegnet wird.

[1] https://www.berliner-zeitung.de/berlin/import-ins-klassenzimmer--mobbing-aus-religioesen-gruenden-29936034

[2] https://www.tagesspiegel.de/berlin/antisemitismus-an-berliner-schulen-sein-vergehen-er-ist-jude/21156700.html

Wir fragen daher die Verwaltung:

1. Wie viele antisemitische Vorfälle an hannoverschen Schulen gab es pro Jahr in den letzten 3 Jahren und an welchen Schulen kam es zu diesen antisemitischen Vorfällen?

2. Mit welchen Konsequenzen gegenüber den verursachenden Schülern wurden diese antisemitischen Vorfälle geahndet?

3. In welcher Form und Konsequenz wird mit den Eltern der Kinder kommuniziert, um auch die Prägung aus dem Elternhaus unserem Wertsystem anzupassen?

Sören Hauptstein
Beigeordneter und Fraktionsvorsitzender

Text der Antwort

Frage 1: Wie viele antisemitische Vorfälle an hannoversche Schulen gab es pro Jahr in den letzten 3 Jahren und an welchen Schulen kam es zu diesen antisemitischen Vorfällen?

Es erfolgt in der Regel keine Meldung von antisemitischen Vorfällen an hannoverschen Schulen an den Schulträger durch evtl. betroffene Schulen.

Im Jahr 2015 ist dennoch der Antidiskriminierungsstelle ein als antisemitisch eingestufter Fall einer Schule gemeldet worden.

Frage 2: Mit welchen Konsequenzen gegenüber den verursachenden Schülern wurden diese antisemitischen Vorfälle geahndet?

Die Antidiskriminierungsstelle erhielt die Information, dass der der antisemitischen Diskriminierung bezichtigte Schüler die Schule verlassen habe.

Frage 3: In welcher Form und Konsequenz wird mit den Eltern der Kinder kommuniziert, um auch die Prägung aus dem Elternhaus unserem Wertsystem anzupassen?

Der Schulträger hat keine Erkenntnisse, wie an hannoverschen Schulen mit den Eltern von SchülerInnen kommuniziert wird, um das Wertesystem besagter Eltern zu verändern.

18.60
Hannover / 27.06.2018